

FREIE

BAUERN



Bauernkrieg, Bauernbefreiung, Bauernproteste – wo stehen wir heute im historischen Kontext? / FREIE BAUERN Sachsen-Anhalt mit Frerk Arfsten und Petra Wolter-Klußmann an der Spitze / Agrardiesel-Zusage wurde nicht eingehalten / Einstweilige Verfügung gegen Lucht-Zitat / Antragsfrei in den Mai? / Ekelpaket.de: Was wir in Zukunft essen sollen, aber lieber gleich auskotzen würden / Nicht vorschnell unterschreiben: Nervenkrieg um Saatgut-Erklärungen / Bundesregierung soll Milchlieferbeziehungen reformieren und Stallbau-Programm einstampfen / Brandenburg erhält das modernste landwirtschaftliche Erbrecht / Stellungnahme zur Novelle des Tierschutzgesetzes / Europäischer Bauernprotest: Green Deal und Farm-to-Fork gescheitert ...

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellv. Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim
Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Salzwedel, Telefon 0174-1801177, frieda.salzwedel@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellv. Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Weitere Mitglieder: Thomas Kiesel, Hans-Jürgen Paulsen, Jens Gerloff, Ulf Simon,
Dirk Schulze, Frank Michelchen, Matthias Kurth, Reinhard Benke

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellv. Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Bötersen OT Höperhöfen
Weitere Mitglieder: Christian Linne, Christian Müller, Jens Soeken

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Stellv. Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach
Weitere Mitglieder: Christine Knobloch-Hiller, Andreas Schmid, Anton Abele

Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Landessprecher: Frerk Arfsten, 39593 Havelberg OT Müggenbusch
Stellv. Landessprecherin: Petra Wolter-Klußmann, 39343 Ingersleben OT Eimersleben
Weitere Mitglieder: Thomas Wahren, Christoph Plötze, Malte Ehrenberg, Georg Scheuerle,
Andreas Knieling, Paula Synde

Bauernkrieg, Bauernbefreiung, Bauernproteste – wo stehen wir heute im historischen Kontext?



Liebe Berufskollegen,

genau 500 Jahre ist es her, dass sich die Bauern in Stühlingen im Südschwarzwald gegen ihre Grundherrschaft erhoben – auf diesen ersten Aufstand folgten viele weitere, die im historischen Rückblick als Deutscher Bauernkrieg zusammengefasst werden. Weil wir kein Geschichtsverein sind, sondern eine agrarpolitische Berufsvertretung heute, wollen wir nicht ständig zurückblicken, sondern wir kombinieren das Datum der Zwölf Memminger Artikel, der Forderungen der aufständischen Bauern, mit dem Ort der vernichtenden Niederlage. Am **20. März 2025** werden wir auf einer zentralen Veranstaltung im thüringischen Frankenhäusen „Erneuern, Gedenken und Versprechen“. Mehr dazu in diesem Heft – tragt Euch den Termin bitte schon jetzt ganz groß in den Kalender 2025 ein.

Wie war die Lage der Bauern vor 500 Jahren? Der sehr kleinen Schicht des herrschenden Adels und des ihn ideologisch stützenden Klerus standen ein kaum entwickeltes Stadtbürgertum und eine riesige Mehrheit der Bauern gegenüber. Diese führten zwar selbständig ihre Höfe, befanden sich aber in einer Vielzahl von Abhängigkeiten und daraus resultierenden Diensten und Abgaben gegenüber dem Adel bis hin zur Leibeigenschaft. Schlechte Ernten und ökonomische Krisen führten zu einer Zuspitzung der ausbeuterischen Verhältnisse, der Buchdruck ermöglichte die Verbreitung kritischer Thesen, die Deutungshoheit des Klerus wankte. 1524/25 entluden sich die Gegensätze in einem Ausbruch von Gewalt. Auch wenn die Bauernaufstände am Ende blutig niedergeschlagen wurden, hatten sie die Macht des Adels erstmals in ihren Grundfesten erschüttert und sich tief ins Gedächtnis der herrschenden Klasse eingegraben.

Ein Vergleich mit heute funktioniert nicht, ohne sich mit der historischen Zäsur der Bauernbefreiung zu beschäftigen. Diese war keineswegs eine soziale Tat der Obrigkeit, vielmehr mussten die Bauern ihre Höfe in der Regel selber freikaufen und ihnen zugewiesene Ödländereien mit harter Arbeit selber in gute Kultur bringen. Aber dass sie das durften – und dadurch frei wurden – war ein Ergebnis kluger Reformen, die weitsichtige Staatsdiener im beginnenden 19. Jahrhundert einem Adel abringen konnten, der vor dem Hintergrund von amerikanischer Unabhängigkeitserklärung und französischer Revolution zutiefst verunsichert war und Unruhen um jeden Preis vermeiden wollte. Die Bauernbefreiung wurde zum vollen Erfolg für Preußen bzw. Deutschland: Zusammen mit dem produktionstechnischen Fortschritt durch Fruchtwechsel und Ausdehnung der Viehhaltung führte die Entfesselung von Privatinitiative zu einer enormen Steigerung der Wirtschaftsleistung, die der gesamten Gesellschaft zugute kam. Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.

Im Erfolg lag allerdings bereits der Keim des Niedergangs ... oder des Konfliktes, der sich bis in unsere Zeit hinein zieht, wo man nur zu gerne wieder weitsichtige Staatsdiener hätte. Bevölkerungswachstum und Industrialisierung, nur möglich durch die gesicherte Ernährung, führten zu einer ökonomischen und sozialen Marginalisierung der Landwirtschaft und mit dem Aufstieg des Bürgertums und der Entwicklung des Dienstleistungssektors verschoben

sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Im 20. Jahrhundert standen der immer kleiner werdenden Bauernschaft als neue Machtfaktoren eine exportorientierte Industrie gegenüber mit ihrem Interesse, Freihandel mit Agrarüberschussländern zu betreiben, sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen gierige Konzerne mit ihrem Interesse, den eigenen Anteil in der Wertschöpfungskette zulasten der Landwirtschaft ins Unermessliche auszudehnen. Die Erhaltung eines starken Bauernstandes wurde zum Politikum.

500 Jahre nach dem Deutschen Bauernkrieg haben wir mit dem Großkapital eine ähnlich kleine einflussreiche Schicht wie damals den Adel und wir haben, stets zu Diensten, einen politisch-medialen Komplex, der für sich eine ähnlich absolute Deutungshoheit beansprucht wie damals der Klerus. Zunehmende Ausbeutung und Abhängigkeiten prägen die Lebenswirklichkeit der wenigen verbliebenen Bauern. Aber da sind wir auch schon bei den Unterschieden: Wir Bauern sind nicht mehr die riesige Mehrheit von damals, selbst zusammen mit der Landbevölkerung oder den Selbständigen befinden wir uns inzwischen in einer deutlichen Minderheitenposition. Und wir befinden uns, jedenfalls ganz überwiegend, auch nicht in einer materiellen Notlage, sondern wehren uns lediglich gegen ungerechte Verhältnisse. Dies alles in einem politischen System, das durch seine Spielregeln durchaus Beteiligung und Veränderung zum Besseren zulässt, wenn wir sie nur klug nutzen und der Gesellschaft vermitteln können, dass sie uns lebensnotwendig braucht und deshalb besser fair behandeln sollte. Die heimische Landwirtschaft ist eine Versicherung gegen Hunger.

Ja, das ist eine gewaltige Herausforderung, diese elementare Bedeutung unseres Berufsstandes den satten selbstgerechten Menschen in diesem Land immer wieder neu zu erklären, und nicht immer hat man die Kraft dazu. Der Protest ist kalt im Winter und die Lobbyarbeit ermüdend im System, alles richtig. Vielleicht können wir uns dennoch aufraffen, wenn wir zurückdenken – gedenken – an unsere Berufskollegen vor 500 Jahren: Sie litten bittere Not und sie setzten ihr Leben ein, als sie sich gegen die Grundherrschaft erhoben, viele verloren es. Wir riskieren viel, viel weniger als sie ... also auf in den Kampf!

Euer Malte Voerste (Ansprechpartner der FREIEN BAUERN in Nordrhein-Westfalen)

Zentrale Veranstaltung der FREIEN BAUERN zum Bauernkrieg am 20. März 2025 in Frankenhausen



(20.03.2024) 499 Jahre nach Veröffentlichung der Zwölf Memminger Artikel haben die FREIEN BAUERN daran erinnert, wie wichtig die Freiheit der Bauern und eine sichere heimische Lebensmittelerzeugung für Frieden und Wohlstand sind. „Die Memminger Artikel der aufständischen Bauern gelten als eine der ersten niedergeschriebenen Forderungen der Menschen- und Freiheitsrechte in Europa“, sagte Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN und kündigte eine zentrale Veranstaltung zu 500 Jahren Deutscher Bauernkrieg am 20. März 2025 im thüringischen Frankenhausen an: „Wir treffen uns am Ort der historischen Niederlage, nehmen aber als Datum den historischen Aufbruch von Memmingen und wollen gemeinsam Erneuern, Gedenken und Versprechen.“ Erneuert werden sollen die Forderungen

der Bauern nach einem gerechten Platz in der Gesellschaft, gedacht werden soll der im Kampf um ihre Freiheit gefallenen Berufskollegen, erläutert der 51jährige Landwirt: „Und versprechen wollen wir uns, wie wir als Berufsstand solidarisch und selbstbewusst die politischen und ökonomischen Herausforderungen meistern, die vor uns liegen.“

In den Zwölf Artikeln formulierten die aufständischen Bauern am 20. März 1525 in Memmingen erstmals einheitliche Forderungen an die Obrigkeit, unter anderem die Aufhebung der Leibeigenschaft, eine Reduzierung der Abgaben und Dienste, das Recht zur Jagd und zur Nutzung von Wald und Wildnis, die Abschaffung willkürlicher Strafen und die freie Pfarrrwahl durch die Gemeinde. Der Bauernkrieg endete mit einer vernichtenden Niederlage. Erst dreihundert Jahre später kam es in den deutschen Ländern zu einer Bauernbefreiung durch umfassende staatliche Reformen und in Verbindung damit zu einer enormen Steigerung der Produktivität – Hungersnöte gehörten bald der Vergangenheit an. Heute sei das Bewusstsein für die Bedeutung der Landwirtschaft wieder gesunken, bedauert Linne: „Kluge Agrarpolitik erkennt man immer daran, dass sie ökonomische Rahmenbedingungen schafft, in denen sich bäuerliche Familienbetriebe optimal entfalten können.“

Gar nicht so schlecht war das Gespräch, das Alfons Wolff und Frerk Arfsten sowie Martin Dippe vom Bauernbund und Frank Böcker vom LSV im April bei der Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang hatten ... nur aus der Zusage, die Tür ins Ministerbüro ihres Parteifreundes Cem aufzustoßen, ist bis heute nichts geworden.



FREIE BAUERN Sachsen-Anhalt mit Frerk Arfsten und Petra Wolter-Klußmann an der Spitze

(28.04.2024) Die FREIEN BAUERN haben jetzt auch in Sachsen-Anhalt eine Landesvertretung: Landessprecher wurde der 34jährige Frerk Arfsten, Ackerbauer und Bio-Rindermäster aus Havelberg und bekannt durch die von ihm angemeldete mehrwöchige Protestdemonstration im Januar vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Seine Stellvertreterin wurde die 56jährige Petra Wolter-Klußmann, die in Eimersleben bei Magdeburg einen reinen Ackerbaubetrieb bewirtschaftet. Weitere Mitglieder der Landesvertretung sind Thomas Wahren aus Osmünde, Andreas Knieling aus Rade, Malte Ehrenberg aus Spickendorf und Christoph Plötze aus Grieben sowie Georg Scheuerle aus Queis, der bisher schon Ansprechpartner für das Bundesland war und politische Termine wahrgenommen hat. Um Organisation und Mitgliederwerbung kümmert sich Paula Synde aus Cochstedt.

„Hier hat sich ein junges Team gefunden, mit dem wir die berufspolitische Arbeit deutlich verstärken können“, freut sich Arfsten über seine Mitstreiter. Die meisten habe er bei den in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Bauernbund und LSV durchgeführten Demonstrationen gegen die Steuererhöhung beim Agrardiesel kennengelernt: „Dieser Winter hat zusammengeschweißt, aber auch Defizite aufgezeigt. Wir sind stark darin, den Protest in die Öffentlich-

keit zu tragen, aber bei der politischen Umsetzung ist noch Luft nach oben.“ In den FREIEN BAUERN sieht er die einzige deutschlandweite Organisation, die unabhängig die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe vertritt. In Sachsen-Anhalt wurden bereits erste Kontakte zu Politik, Verwaltung und Medien geknüpft – dies soll jetzt Schritt für Schritt ausgebaut werden, kündigt Arfsten an: „Berufskollegen, die bei uns mitmachen oder aktiv werden wollen, sind herzlich willkommen.“ ... *Meldet Euch bei Paula Synde, Telefon 0152-29880310*



Dass die schon fast sicher geglaubte Rücknahme der Steuererhöhung beim Agrardiesel auf den letzten Metern scheitern würde, zeichnete sich bereits Anfang März ab, als der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes Bernhard Krüsken in einem Interview mit der Zeitung Welt überraschend Kompromissbereitschaft signalisierte und sich von angeblich radikalen Protesten abgrenzte. Nur zu gern nahmen die CDU-regierten Länder diesen Ball auf und ließen das Wachstumschancengesetz im Bundesrat passieren. Wohlgemerkt, der Generalsekretär desselben DBV, dessen Präsident noch im Dezember getobt hat: „Wenn das nicht zurückgenommen wird, dann kommen wir wieder!“ Ach käme er doch niemals wieder!

FREIE BAUERN zur Agrarministerkonferenz: Agrardiesel erhalten und einkommensrelevante Maßnahmen verhandeln

(13.03.2024) Die FREIEN BAUERN haben an die Länderagrarminister appelliert, zu ihren Zusagen zu stehen und die von der Bundesregierung geplante Streichung der Agrardieselerückstattung im Bundesrat zu verhindern. Anlässlich der heute in Erfurt beginnenden Agrarministerkonferenz bekräftigte Bundessprecher Alfons Wolff die Auffassung der FREIEN BAUERN, dass die Rücknahme der bereits für den Haushalt 2024 vorgesehenen Steuererhöhung vorrangiges Ziel bleibe: „Kompromissbereitschaft hört sich immer gut an, aber so lange die Bundesregierung sich weigert, mit uns über einkommensrelevante Maßnahmen zu verhandeln, wüßte ich nicht, womit die ungerechte und massiv wettbewerbsverzerrende Mehrbelastung durch die Kraftstoffsteuer ausgeglichen werden soll.“ Dass der Deutsche Bauernverband im vorausseilenden Gehorsam die Forderung nach Erhalt des Agrardiesels

aufgegeben hat, zeige einmal mehr, dass er nicht die Interessen der Landwirtschaft vertrete, kritisiert der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Als Interessenvertreter stelle ich mir unwillkürlich die Frage, wer da im Hintergrund Einfluss nimmt.“

Nach den größten Bauernprotesten in der Geschichte der Bundesrepublik und einer noch nie dagewesenen Unterstützung in der Bevölkerung müsse endlich grundsätzlich über die Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft gesprochen werden, verlangt Wolff. Die vom Bauernverband als Kompensation für den Agrardiesel ins Spiel gebrachten Themen Gewinnglättung, Risikoausgleichsrücklage und Steuerbefreiung für nichtfossile Kraftstoffe hält er allenfalls für ökonomische Randnotizen: „Das eigentliche Problem sind doch die niedrigen Einkommen – und da müssen wir reden über unsinnige Produktionsauflagen, mit denen der Staat uns seit Jahren bevormundet, und über den Preisdruck durch Importe und Monopole, dem er uns schutzlos ausliefert.“ Die Streichung der Agrardieselerückerstattung sei auch deshalb für den Berufsstand so unerträglich, weil die Bundesregierung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen bisher lediglich vage Ankündigungen gemacht hat und die konkreten Vorschläge der FREIEN BAUERN weitgehend ignoriert.

Für aktuelle Versuche, die klaren Forderungen der FREIEN BAUERN als radikal und die Konturlosigkeit des Bauernverbandes als gemäßigt darzustellen, hat Wolff kein Verständnis: „Wir sind so radikal wie Donald Tusk, der den Importstopp für ukrainisches Getreide aufrecht erhält, so radikal wie Emanuel Macron, der das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten für gescheitert erklärt, und so radikal wie Robert Habeck, der einen Gesetzentwurf zur Entflechtung marktbeherrschender Strukturen vorlegt.“ Wer glaubwürdiges Eintreten für die Interessen der Landwirtschaft im demokratischen Dialog als radikal bezeichne, habe das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht verstanden.

FREIE BAUERN zur Bundesratsentscheidung: Agrardiesel-Zusage wurde nicht eingehalten

(22.03.2024) Die FREIEN BAUERN haben mit Enttäuschung auf die heutige Bundesratsentscheidung reagiert, das Wachstumschancengesetz zu beschließen, ohne dass die Bundesregierung die Streichung der Steuerrückvergütung beim Agrardiesel zurückgenommen hätte. „Damit haben wir eine massive Steuererhöhung und Wettbewerbsverzerrung zulasten unserer Landwirtschaft, ohne eine einzige konkrete Maßnahme, mit der wir die finanzielle Mehrbelastung ökonomisch ausgleichen könnten“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, und plädierte dafür, die Verantwortlichen zu benennen: „Nach den größten Bauernprotesten in der Geschichte der Bundesrepublik und einer noch nie dagewesenen Unterstützung in der Bevölkerung gab es eine eindeutige Zusage von Friedrich Merz und Markus Söder, die Zustimmung zum Wachstumschancengesetz im Bundesrat an den Erhalt des Agrardiesels zu koppeln. Diese Zusage wurde nicht eingehalten.“ Den Weg für den Rückzieher der Union habe der Bauernverband mit seiner unfassbaren Ankündigung bereitet, beim Agrardiesel einen Kompromiss akzeptieren zu wollen, falls es irgendwelche Gegenleistungen gibt, kritisiert der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Das sollte man als Berufsvertretung eigentlich wissen – wenn man nichts fordert, kriegt man auch nichts.“ Die FREIEN BAUERN hätten sich nie am Agrardiesel festgebissen, aber während der gesamten Proteste klare Forderungen an die Bundesregierung gestellt, die nach wie vor Gültigkeit haben, weil sie von der großen Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern getragen werden, unter anderem die Abschaffung unsinniger Produktionsauflagen und Maßnahmen gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole.

Einstweilige Verfügung FREIE BAUERN gegen falsches Lucht-Zitat in den Lübecker Nachrichten

(08.04.2024) Mit dieser Diffamierung ist schonmal Schluss: Die Lübecker Nachrichten hatten am 4. Januar über den Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig Holstein Klaus-Peter Lucht berichtet, er distanzieren sich von „extremen Randgruppen, Rechtsbruch und Aufrufen hierzu“ und dies verbunden mit der Aussage „Lucht nennt dabei explizit den Verband Freie Bauern, mit denen man sich nicht gemein mache“. Dagegen haben die FREIEN BAUERN jetzt beim Landgericht Halle (Saale) eine Einstweilige Verfügung erwirkt: Die Verlagsgesellschaft Madsack darf die Aussage unter Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro nicht wiederholen. Der Antrag auf Einstweilige Verfügung war zunächst gegen Lucht gestellt, aber zurückgenommen worden, nachdem dieser eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben hatte, die Aussage so nie gemacht zu haben. „Für uns ist entscheidend, dass wir nicht mehr auf diese Weise diffamiert werden dürfen“, freut sich der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wolff über das Urteil des Landgerichts, räumt aber ein: „Auch wenn damit zum Sachverhalt eine rechtliche Klärung herbeigeführt wurde, bleiben hinsichtlich des Verhaltens von Herrn Lucht eine Reihe von Fragen offen.“

Unverständlich ist für die FREIEN BAUERN vor allem, warum der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein die ihm offenbar fälschlich zugeschriebene Diffamierung eines berufspolitischen Konkurrenten in der drittgrößten Zeitung des Landes so unwidersprochen hingenommen hat. Wolff: „Lucht hat sich weder um eine Gegendarstellung in den Lübecker Nachrichten bemüht noch hat er die von uns verlangte Unterlassungserklärung unterschrieben – erst als wir die Sache vor Gericht brachten, kam er mit seiner Eidesstattlichen Versicherung um die Ecke.“ Insofern sei auch die jüngste Pressemeldung des Bauernverbandes, Lucht habe Recht, in höchstem Maße peinlich, findet Wolff: „Dass er sein uns erwiesenermaßen zu Unrecht diffamierendes Zitat drei Monate lang geduldet hat, weist eher auf ein gestörtes Rechtsverständnis bei Lucht hin.“ Den FREIEN BAUERN in Schleswig-Holstein hat die Diffamierung trotzdem nicht geschadet – durch glaubwürdige berufspolitische Arbeit sind sie in demselben Zeitraum von 195 auf 240 Mitglieder gewachsen.

*Damit ist eine böse Behauptung vom Tisch, die aber nur ein Teil der **Verleumdungen** war, die die FREIEN BAUERN während der Proteste im Winter erdulden mussten. Unseren Antrag auf Einstweilige Verfügung gegen Janna Luisa Pieper hat das Landgericht Halle (Saale) leider zurückgewiesen. Die Agrarsoziologin darf Anthony Lee, LSV und uns weiterhin als "rechtspopulistisch" bezeichnen. Das Gericht wertete dies als durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Würden wir dagegen ins Hauptsacheverfahren gehen, müssten wir darauf pochen, dass die Dame im NDR-Interview nicht als Privatperson, sondern als Mitarbeiterin der Universität Göttingen gesprochen hat und als solche wissenschaftliche Belege hätte vorlegen müssen. Wahrscheinlich werden wir uns das (Euer) Geld sparen und akzeptieren einfach, dass unsere parteiunabhängige Interessenvertretung im Berufsstand immer „populärer“ wird. Die Grenzen zwischen links und rechts verschwimmen sowieso gerade ...*

*Die **Agrarsubventionen** bleiben Arbeitsschwerpunkt der FREIEN BAUERN. Unsere Positionierung zur GAP 2028 ist eines der Hauptthemen auf dem Deutschlandtreffen im Juni in Ziegenhagen. Unsere Klage gegen die Pflicht zur Nutzung der FotoApp beim Agrarantragsverfahren liegt beim Verwaltungsgericht Potsdam und sorgte im Mai durch einen kritischen ZDF-Bericht für bundesweite Aufmerksamkeit. Und Eike Bruns hat die Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe Antragsfrei in einem lesenswerten Leitfaden zusammengefasst:*

Antragsfrei in den Mai ?

Überlegungen zum Agrarantrag 2024 von Eike Bruns

1992 hat die Europäische Union einen grundlegenden Wandel in der Agrarpolitik vollzogen. Bis dahin wurden die Subventionen produktbezogen gezahlt, z. B. für Getreide, Milch oder Fleisch. Diese Form der Produktstützung stand als Handelshemmnis in der Kritik. Nach 1992 wurden die Subventionen daher flächenbezogen gezahlt – zunächst noch in Verbindung mit der Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, dann aber immer mehr in Verbindung mit so genannten Agrarumweltmaßnahmen. Ging es bei den flächenbezogenen Subventionen also zu Beginn noch darum, die heimische Landwirtschaft gegenüber Billigimporten aus Ländern mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards zu stärken, gewann zunehmend eine Reglementierung der Landwirtschaft an Bedeutung, die nur vermeintlich der Umwelt dient und im Ergebnis eine Verringerung der heimischen Erzeugung nach sich zieht. Heute handelt es sich bei dem Subventionssystem der Europäischen Union um ein bürokratisches Monstrum aus hochkomplexen Produktionsauflagen, Dokumentationspflichten und Kontrollmechanismen, noch verschärft durch nationale Alleingänge in der Ausgestaltung der Details ... für mich als freien Bauern schwer erträglich.



Aus den genannten Gründen überlegen zahlreiche Berufskollegen, aus dem System auszusteigen, indem sie keinen Agrarantrag mehr stellen, einige haben den Schritt bereits vollzogen. Aus berufsständischer Sicht ist diese Entwicklung zu begrüßen, gleichwohl handelt es sich immer um betriebsindividuelle Entscheidungen, die sehr sorgfältig abgewogen werden müssen und sich nicht einfach kalkulieren lassen. Die nachfolgenden Überlegungen sind daher lediglich als Hinweise zu verstehen, sich mit dem Thema zu befassen und im Idealfall eine begründete Entscheidung zu treffen.

Grundsätzlich gibt es zunächst drei Herangehensweisen: Man kann erstens die Prämie beantragen und sich an alle Auflagen halten. Man kann zweitens die Prämie beantragen und gegen einzelne Auflagen verstoßen, die man in der konkreten Situation als fachlich falsch oder betrieblich unzumutbar empfindet, muss dann allerdings entsprechende Kürzungen der Prämie in Kauf nehmen. Oder man kann drittens gänzlich auf die Prämie verzichten und seine Produktion in diesem Fall deutlich stärker an fachlichen und betrieblichen Gesichtspunkten ausrichten. Bei der zweiten Herangehensweise empfiehlt es sich, den Bogen nicht zu überspannen und gegenüber der Bewilligungsbehörde begründet und transparent vorzugehen, denn man bewegt sich in der Grauzone zum Subventionsbetrug und muss über die reinen Kürzungen der Prämie hinaus mit förderrechtlichen (Ausschluss aus anderen Förderprogrammen) bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Wesentlich mehr Rechtssicherheit bietet daher die dritte Herangehensweise, um die es nachfolgend geht, nämlich der Verzicht auf die Prämie, was darauf hinausläuft, keinen Agrarantrag mehr zu stellen.

Was also sind die Parameter, anhand derer ein Betrieb abwägen kann, ob es für ihn sinnvoll ist, weiterhin einen Agrarantrag zu stellen oder nicht?

Erster Schritt: Betriebliche Kalkulation der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen im Zusammenhang mit dem Agrarantrag sind die Basisprämie, die gestaffelte Umverteilungsprämie und ggf. die gestaffelte Junglandwirteprämie sowie verschiedene Prämien aus den in Frage kommenden Öko-Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen sowie ggf. weitere landesspezifische Prämien. Alle diese Prämien werden für Einheiten ausgezahlt, in der Regel pro Hektar, im Einzelfall (z. B. Weideprämie, Schafsprämie) auch pro Kopf. Die Summe aus Prämien und Einheiten bei einer auf den jeweiligen Betrieb bezogenen prämiengestützten Beantragung ergibt die noch relativ einfach zu berechnende Höhe der Einnahmen.

Schwieriger zu berechnen ist die Höhe der **Ausgaben**, weil diese sehr heterogen sind, aber es ist möglich, sich den tatsächlich durch den Agrarantrag aufgebürdeten Kosten ökonomisch zu nähern.

Offensichtlich sind zunächst diejenigen Kosten, die direkt aus den Auflagen folgen, die man ohne Agrarantrag nicht erfüllt hätte: Bei der Basisprämie wären das etwa die Stilllegung von 4 Prozent der Ackerfläche, die mit vollständiger Pacht und (abhängig von der Stilllegungsdauer) anteiligem Rekultivierungsaufwand für die verunkrautete Fläche in Ansatz gebracht werden können, oder die Fruchtfolgeregelung, wo der niedrigere Deckungsbeitrag der vorgeschriebenen Kultur im Vergleich zu anderen ackerbaulich noch vertretbaren Kulturen zu Buche schlägt, in manchen Fällen auch höhere Transportkosten des Ernteguts zur Hofstelle ... oder die Bodenbedeckungspflicht, wo sich auf schweren Böden höhere Kosten für Saatbettbereitung und Pflanzenschutz aus einem suboptimalen Bearbeitungszeitpunkt ergeben können. Gut kalkulierbar sind auch die Mindereinnahmen aufgrund von Öko-Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen, etwa geringere Erträge im ökologischen Ackerbau oder geringere Futterqualität aufgrund späterer Schnitzeitpunkte auf dem Grünland. Bei den Auflagen wird man mehrere Jahre betrachten und Mittelwerte bilden, um auf realistische Zahlen zu kommen.

Ein weiterer Aspekt sind die Kosten für Bürokratie und Beratung. Die eigene zeitliche Beanspruchung für den Agrarantrag und die damit verbundenen Aufzeichnungen und Kontrollen muss in die Kalkulation einbezogen werden. Offensichtlich sind wiederum die Kosten, die anfallen, wenn man den Agrarantrag oder Teile davon nicht selbst macht, sondern ein professionelles Beratungsunternehmen damit beauftragt.

Unbedingt bei der Kalkulation berücksichtigt werden müssen auch die Steuern, die ohne die Prämien nicht anfallen würden. Da die Prämien direkt einkommenswirksam sind, verändern sie unmittelbar das Betriebsergebnis. Wird aus dem Betrieb (und möglicherweise anderen Quellen) ein hohes Einkommen erzielt, fließt aufgrund der Steuerprogression ein erheblicher Teil der Prämien an den Staat zurück.

Die betriebliche Kalkulation der Einnahmen und Ausgaben schafft Anhaltspunkte. Ich habe für meine betriebliche Situation eine solche Excel-Tabelle erstellt, die ich gerne zur Verfügung stelle und die natürlich betriebsindividuell abgewandelt werden kann. Nicht überraschend: Für Betriebe mit hoher Flächenproduktivität aufgrund günstiger natürlicher Bedingungen oder mit hoher Wertschöpfung aufgrund eigener Veredelung und ggf. Vermarktung oder mit hohem Einkommen (woher auch immer) ist es grundsätzlich interessant, einen Verzicht auf den Agrarantrag in Erwägung zu ziehen.

Zweiter Schritt: Persönliche Einschätzung der Chancen und Risiken

Als wichtigste **Chance** empfinde ich die größere Selbstbestimmung und Fachlichkeit, die ich ohne Agrarantrag praktizieren kann. Mit den Auflagen aus dem Agrarantrag entfallen auch alle damit verbundenen Verpflichtungen bezüglich Aufzeichnungen und Kontrollen. Selbstverständlich muss ich mich weiterhin an das Fachrecht halten (z. B. Düngeverordnung, Pflanzenschutzanwendungsverordnung, Nutztierhaltungsverordnung), allerdings fehlt der Behörde das entscheidende Druckmittel, wenn sie keine Prämie mehr kürzen kann. Um mich zu sanktionieren, muss die Behörde mir nachweisen, dass ich gegen Fachrecht verstoßen habe, und die Höhe der Sanktion muss angemessen sein, anderenfalls kann ich Widerspruch einlegen. Durch Umkehrung der Beweislast bin ich nicht mehr zur aktiven Mithilfe an dem administrativen Unwesen verpflichtet, sondern nur noch zur passiven Duldung. Anstrengen müssen sich die anderen – und das ist nicht unbedingt deren Stärke ...

Aber die behördlichen Möglichkeiten, eingeschränkt auf das Fachrecht, bestehen natürlich fort: Dass ein Betrieb ohne Agrarantrag vermehrten Kontrollen ausgesetzt sein könnte, weil er die Grundanforderungen der Betriebsführung und den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen nicht mehr im Antragsverfahren nachweisen muss, ist ein nicht von der Hand zu weisendes **Risiko**. Aus demselben Grund kann es auch Probleme bei der Vermarktung geben, wenn etwa von den aufnehmenden Händen die Nachweise im Agrarantrag zur Voraussetzung für die Abnahme gemacht wird. Dann können zusätzliche Zertifizierungskosten anfallen, etwa beim Nachhaltigkeitsnachweis für Biogasmais, die wiederum die Kalkulation beeinflussen würden. Meine Einschätzung ist: Die Entwicklung ist im Fluss und je mehr Berufskollegen keinen Agrarantrag stellen, desto stärker wird unsere Position gegenüber Behörden und Marktpartnern.

Aufgrund meiner betrieblichen Kalkulation und meiner persönlichen Einschätzung werde ich für meinen Ackerbau-Putenmast-Betrieb im Oldenburger Land dieses Jahr keinen Agrarantrag stellen und erhoffe mir davon unter anderem ein deutliches Mehr an Lebensqualität. Diejenigen Berufskollegen, die aufgrund ihrer Kalkulation und Einschätzung zu einem anderen Ergebnis kommen, sollten sich jedoch nicht entmutigen lassen: Freier Bauer zu sein, fängt im Kopf an und hat damit zu tun, wie man seinen Betrieb führt – vor allem damit, dass man ihn weiterführt, allen ökonomischen Widrigkeiten und politischen Zumutungen zum Trotz. Ob man einen Agrarantrag stellt oder nicht ist demgegenüber zweitrangig. Über unsere Arbeitsgruppe „Antragsfrei“ bei den FREIEN BAUERN stehe ich im Austausch mit Berufskollegen, die keinen Antrag mehr stellen, viele Anregungen daraus sind in diesen Text mit eingeflossen – wer Interesse hat, kann gern in unsere Whatsapp-Gruppe aufgenommen werden! Eike Bruns, Telefon 0171-4725160

Ekelpaket.de am Start: Was wir in Zukunft essen sollen, aber lieber gleich auskotzen würden



Kein Bock auf alternative Proteinquellen: Bei Birte Meyer, Fritz Linne und Franz Linne landen Pizza Aroma, Pizza Invitro und Pizza Insetto in der Tonne ... unser YouTube-Video über Veganpampe, Reaktorfraß und Ungeziefer wurde mittlerweile fast 15.000 mal angeklickt, das kann natürlich nur der Anfang sein, also bitte nehmt den Film und unsere Seite ekelpaket.de in Eure sozialen Medien – und raus damit in alle Welt!

(05.05.2024) Erstmals stellt eine landwirtschaftliche Organisation die von vielen Politikern und Medien für eine Ernährungswende propagierten alternativen Proteinquellen grundsätzlich in Frage: Auf ihrer soeben freigeschalteten Seite ekelpaket.de informieren die FREIEN BAUERN umfassend über „Veganpampe, Reaktorfraß und Ungeziefer“, die nach dem Willen großer Konzerne Milch, Fleisch und Eier aus der menschlichen Ernährung verdrängen sollen. „Sie gaukeln uns vor, bäuerliche Tierhaltung sei von gestern, würde Hunger, Klimastress und Tierleid verursachen – und wollen uns ihr Ekelpaket als nachhaltiges Essen der Zukunft verkaufen“, sagt Frieda Salzwedel, die für die FREIEN BAUERN zum Thema recherchiert hat: „Wenn man genauer hinschaut, stellt man fest, wie konstruiert und hypothetisch viele der angeblichen Vorteile alternativer Proteinquellen sind und wie gesund und umweltfreundlich im Vergleich dazu die allermeisten Produkte unserer heimischen Landwirtschaft.“

Genauer hinschauen sollen auf jeden Fall ganz viele Menschen, denn die FREIEN BAUERN bewerben die Seite ekelpaket.de mit einem Kurzvideo in den sozialen Medien. „Weil Essen nicht nur ein Grundbedürfnis ist, sondern zugleich eine emotionale Angelegenheit, möchten wir den typischen Verbraucher im Alltag abholen“, erklärt Salzwedel: „Pflanzliche Würste, die nur mit Farbstoffen und Geschmacksverstärkern genießbar sind, tierische Stammzellen, die endlos wuchern wie bei einer Krebserkrankung, Käfer und Maden, deretwegen man früher ein Restaurant geschlossen hätte – das finde ich alles so ekelig, dass ich es für keinen guten Zweck der Welt essen würde.“ Die Kampagne bleibt jedoch nicht bei emotionaler Ablehnung stehen, sie motiviert, sich mit den Bedingungen der Lebensmittelproduktion auseinanderzusetzen. Trotz aller Entfremdung sei bei vielen Menschen noch ein Gespür dafür vorhanden, dass eine in natürlichen Kreisläufen betriebene regionale Landwirtschaft besser für Gesundheit und Umwelt sei, so Salzwedel: „Und da gehören unsere Tiere definitiv dazu, ohne Nutztiere würde unsere Selbstversorgung massiv sinken, wir müssten deutlich mehr Lebensmittel aus fernen Ländern einführen und das wäre auf gar keinen Fall nachhaltig.“



FREIE BAUERN warnen: Nichts voreilig unterschreiben bei Landhandel und Saatgut-Treuhand

(10.05.2024) Die FREIEN BAUERN haben vor Getreideaufkäufern gewarnt, die von ihren Lieferanten Selbstverpflichtungserklärungen zur Herkunft des auf dem Betrieb eingesetzten Saatguts verlangen. „Die Spitzel von der Saatgut-Treuhand nehmen gerade ein kürzlich ergangenes BGH-Urteil zum Anlass, um den Landhandel unter Druck zu setzen – tatsächlich verpflichtet dieses Urteil den Landwirt erstmal zu gar nichts“, informierte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wir sollten weder etwas unterschreiben noch in irgendwelche Überprüfungen auf unseren Betrieben einwilligen.“ Ob der Landwirt eine Sorte anbaue, deren Sortenschutzrechte durch die Saatgut-Treuhand vertreten werden, oder ob er sich für anderes Saatgut entscheide, müsse dem Abnehmer des Getreides definitiv nicht mitgeteilt werden, so der 52jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Im Gegenteil würde der Landhändler einen kartellrechtlichen Verstoß begehen, wenn er genau das zur Voraussetzung für die Abnahme macht.“ Auch sollte auf keinen Fall die von der Saatgut-Treuhand angepriesene Nachbauerklärung im Online-Verfahren abgegeben werden, empfiehlt Ehrenberg und bezieht sich auf ein Hinweisschreiben der IG Nachbau, die betroffene Landwirte berät und mit Anwälten zusammenarbeitet, die bei Problemen helfen können.

Der jetzt von der Saatgut-Treuhand aufgebaute Druck werfe ein Schlaglicht auf die dubiosen Machenschaften dieser von verschiedenen Pflanzenzuchtunternehmen finanzierten Inkassofirma, die Landwirte zur Zahlung so genannter Nachbaugebühren zwingt, kritisiert Ehrenberg: „Die Treuhand-Agenten spielen sich uns gegenüber gerne als öffentliche Vollstrecker mit umfangreichen Befugnissen auf, dabei haben sie nur in sehr begrenzten Umfang Anspruch auf Auskünfte aus unseren Betrieben.“

Aus Sicht der FREIEN BAUERN müsse das Jahrhunderte alte Recht, Getreide aus der eigenen Ernte in den Folgejahren auszusäen, wieder vollumfänglich hergestellt werden. Die vor dreißig Jahren eingeführten Einschränkungen des Nachbaus seien Ursache für die bis heute andauernde Drangsalierung der Landwirte. Ehrenberg sieht deshalb vor allem die Politik in der Pflicht: „Freier Zugang zum Saatgut ist ein Menschenrecht und muss wieder Vorrang bekommen vor den Profitinteressen der Pflanzenzuchtunternehmen.“

Ruhe bewahren im Nervenkrieg um die Saatgut-Erklärungen!



(10.06.2024) Die FREIEN BAUERN sehen gute Chancen für den Berufsstand, die über Teile des Landhandels vertriebenen Unterwerfungserklärungen unter das Inkassokartell Saatgut-Treuhand abzuwenden. „Angesichts von fortschreitender Abreife und schwankenden Notierungen handelt es sich derzeit um einen echten Nervenkrieg“, räumt Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, ein. Dennoch erhalte er inzwischen sehr viele Rückmeldungen, insbesondere von größeren Betrieben, die den Abschluss von Kontrakten genau deshalb gezielt hinauszögern. „Ich kann gerne allgemein erklären, dass ich mich an Recht und Gesetz halte, aber ich werde doch nicht ohne Not in irgendwelche

Bezugsbestätigungen, Betriebsprüfungen oder Vertragsstrafen einwilligen, für die es überhaupt keine rechtliche Grundlage gibt“, kündigt der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsenanhaltinischen Hohenthurm an und berichtet von Berufskollegen, die die entsprechenden Textpassagen aus den Kontrakten einfach herausgestrichen haben. Dies hätten bisher die Aufkäufer von mindestens drei überregional tätigen Landhandelsunternehmen akzeptiert, so Wolff: „Auch auf der anderen Seite herrscht natürlich Nervosität, längst nicht alle Konkurrenten bestehen auf diesen Erklärungen ... und am Ende muss auch die aufnehmende Hand Mengen absichern.“

Hintergrund der angespannten Lage ist ein BGH-Urteil, mit dem die Saatgut-Treuhand gerade massiv versucht, Landwirte beim Verkauf der Ernte an den Landhandel zu Auskünften über das auf den Betrieben eingesetzte Saatgut zu veranlassen. „Wir sind erstaunt, wie bereitwillig sich viele Landhändler zu willfährigen Erfüllungsgehilfen der Pflanzenzucht-Spitzel haben machen lassen“, kritisiert Wolff das Verhalten in der Branche, hebt aber auch eine wachsende Zahl von Aufkäufern hervor, die sich zu dem Urteil noch gar nicht verhalten haben oder mit allgemeinen Erklärungen zufrieden geben: „In einer solchen Situation zeigt sich, ob wir es mit ehrenwerten Geschäftspartnern zu tun haben oder nicht. Der voraus-eilende Gehorsam einiger Getreidehändler hat das gegenseitige Vertrauensverhältnis nachhaltig beschädigt.“

Die laufende Auseinandersetzung ist aus Sicht der FREIEN BAUERN von zentraler Bedeutung für die unternehmerische Selbständigkeit der Betriebe. „Ich bitte alle Berufskollegen, das Thema nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und immer auch das Kleingedruckte zu lesen“, empfiehlt Wolff: „Bei allen anderen Betriebsmitteln haben wir Handlungs- und Verhandlungsspielräume, aber ohne Saatgut gibt es keine Saat.“ Die Genetik sei der Flaschenhals, mit der die Industrie die Landwirtschaft komplett unter ihre Kontrolle bringen könne – deshalb würden die FREIEN BAUERN seit langem gentechnische Verfahren und die damit verbundenen Patente genauso ablehnen wie die vor dreißig Jahren mit der Zustimmung des Bauernverbandes eingeführten Nachbaugebühren. Wolff: „Jetzt gilt es, Ruhe zu bewahren und zu zeigen, dass wir uns nicht dem Diktat der Saatgut-Treuhand unterwerfen.“

Im Streit um die Saatgut-Erklärungen hat mit der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main AG inzwischen der erste große Landhändler offiziell eingelenkt und verlangt nur noch eine allgemeine Erklärung. Aktuelle Infos und Unterstützung zu dem Thema unter ig-nachbau.de.

*Wie gerne würden wir die bei Getreide selbstverständliche Praxis, vor Lieferung der Ware Verträge über Mengen und Preise zu schließen, auch für die **Milchlieferbeziehungen** durchsetzen, aber CDU und Bauernverband bekämpfen unsere Forderung nach Marktwirtschaft als staatlichen Eingriff und Bürokratie. Tatsächlich unterstützen uns hier gerade die Grünen und die SPD, während die sonst immer so marktorientierte FDP dafür sorgt, dass nichtmal die Bundesregierung einen vernünftigen Verordnungsentwurf hibekommt. Zusammen mit Milch Board, BDM, LSV und AbL haben wir daher im März ein Eckpunktepapier zur Umsetzung des Artikels 148 verabschiedet und im April an Bundeskanzler Olaf Scholz geschrieben, um die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung zu beeinflussen. Derzeit ist weder absehbar, dass die Bundesregierung eine Verordnung beschließen wird noch dass diese eine Chance hätte, die Zustimmung des Bundesrates zu bekommen. Allerdings gibt es inzwischen Befürworter unserer Forderung in allen Parteien, und möglicherweise können wir daraus noch vor der Sommerpause einen Vorstoß entwickeln, unsere Lobbyarbeit geht weiter ... Die nachfolgenden Pressemitteilungen markieren insofern nur Zwischenschritte.*

FREIE BAUERN für Marktwirtschaft: Bundesregierung soll Milchlieferbeziehungen reformieren und Stallbauprogramm einstampfen!

(11.04.2024) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesregierung aufgefordert, sich zur unternehmerischen Eigenverantwortung in der Landwirtschaft zu bekennen. „Momentan verhindert Christian Lindner die Einführung einer Vertragspflicht für alle Milchlieferungen, mit der die verkrusteten Strukturen der großen Molkereikonzerne zugunsten von mehr Wettbewerb aufgebrochen werden könnten“, kritisiert Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Gleichzeitig will uns Cem Özdemir mit einem steuerfinanzierten Stallbauprogramm ohne Marktnachfrage noch stärker an den Subventionstropf hängen.“ Als Kompromiss für die in der Koalition kontrovers diskutierten Vorhaben empfiehlt Guhl eine Orientierung am Markt, indem die Grünen auf das Stallbauprogramm verzichten und die FDP ihren Widerstand gegen die Vertragspflicht aufgibt: „Als mittelständische Branche erwarten wir vom Staat faire Rahmenbedingungen, aber keine starren Vorgaben. Wirtschaften können wir selber.“

Würde die Bundesregierung auf der Grundlage des Artikels 148 der Europäischen Marktordnung für ausnahmslos alle Milchlieferungen festlegen, dass vorab Verträge mit konkret bezifferten Mengen und Preisen abzuschließen sind, wäre das ein Befreiungsschlag für die Milchviehhalter, meinen die FREIEN BAUERN. Momentan müssen diese ihre gesamte Milch an jeweils eine Molkerei abliefern, die nachträglich und einseitig bestimmt, was sie dafür zu zahlen gedenkt, so Guhl: „In diesem System sind wir Restgeldempfänger, die abliefern. Mit der Vertragspflicht wären wir Unternehmer, die verkaufen.“

Mit der derzeit in der Bundesregierung diskutierten Tierwohlsteuer würden die Verbraucherinnen und Verbraucher unnötig belastet, um den Bau von angeblich besonders tiergerechten Haltungssystemen zu finanzieren, für die es keine Nachfrage gibt, meinen die FREIEN BAUERN. „Damit würden unsere natürlichen Produkte Milch, Fleisch und Eier im Wettbewerb benachteiligt gegenüber hoch verarbeiteten industriellen Ersatzprodukten auf pflanzlicher Basis“, so Guhl: „Und ob wir unter diesen Bedingungen das Geld für neue Ställe jemals wieder einspielen, ist mehr als fraglich. Man kann nicht dauerhaft am Markt vorbei produzieren.“

FREIE BAUERN: Christian Lindner verrät liberale Prinzipien und schützt die Molkereikonzerne vor der Marktwirtschaft

(21.05.2024) Die FREIEN BAUERN haben Bundesfinanzminister Christian Lindner vorgeworfen, durch sein Veto eine marktwirtschaftliche Reform der Milchlieferbeziehungen und damit eine Stärkung der Milcherzeuger in der Wertschöpfungskette zu blockieren. „Alle Vertreter der Liberalen, mit denen wir das Thema in den vergangenen sieben Jahren erörtert haben, waren ausdrücklich für mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt, insbesondere die Agrarpolitiker der FDP haben uns dies immer wieder versichert, aber seit einiger Zeit will niemand mehr mit uns darüber reden“, wundert sich Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Nach ihm vorliegenden internen Informationen verhindere momentan vor allem das Machtwort des Parteivorsitzenden, dass die Bundesregierung eine Verordnung zur Einführung von Marktwirtschaft für den Rohstoff Milch beschließen kann, so der 58jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Hier geht es einzig und allein um die großen Molkereikonzerne, die keinen Wettbewerb wollen. Lindner mischt sich ein in einen Bereich, der ihn überhaupt nichts angeht, stellt sich schützend vor das Großkapital und schadet unserer Landwirtschaft.“

Die FREIEN BAUERN fordern seit langem eine Umsetzung des Artikels 148 der Europäischen Marktordnung, nach der für alle Milchlieferungen vorab Verträge mit konkret bezifferten Mengen und Preisen abzuschließen sind. Derzeit müssten die Milchviehhalter ihre gesamte Milch an jeweils nur eine Molkerei liefern, die nachträglich den Preis festlegt, kritisiert Guhl: „So etwas gibt es nirgendwo sonst in unserer Wirtschaft – wir produzieren ins Ungewisse, alle anderen bedienen sich, und am Ende müssen wir nehmen, was übrig bleibt.“ Diese Praxis aus dem Genossenschaftswesen des 19. Jahrhunderts sei nicht mehr zeitgemäß und benachteilige einseitig die Milchviehhalter, meint Guhl. Mit einer Vertragspflicht hingegen wären die Molkereien gezwungen, sich selber um den Einkauf des Rohstoffs Milch zu kümmern, Angebot und Nachfrage würden den Preis regeln und damit die Produktion ins Gleichgewicht bringen: „Vielleicht muss jemand dem Chef der Liberalen nochmal erklären, wie Marktwirtschaft funktioniert.“



Dass ausgerechnet der Bundesvorsitzende der FDP das erste und bisher einzige Reformvorhaben der Ampelkoalition blockiert, das mittelfristig die ökonomische Lage von Landwirten verbessern würde, dürfe deshalb nicht hingenommen werden, argumentieren die FREIEN BAUERN. Guhl: „Der Finanzminister war treibende Kraft hinter den Steuererhöhungen, er verantwortet in letzter Konsequenz die Streichung des Agrardiesels – und jetzt stellt er sich mit seiner geballten Inkompetenz dagegen, dass wir Milchviehhalter am Markt bessere Einkommen erzielen können, um die Steuerlast zu tragen.“ Diese Verweigerungshaltung sei wirtschaftsfeindlich, sie verrate liberale Prinzipien und werfe zudem Zweifel auf, ob die Partei in der Agrarpolitik noch handlungsfähig sei, moniert der Landwirt: „Es ist sicherlich verdienstvoll, das eine oder andere grüne Hirngespinnst zu verhindern, aber es reicht nicht aus. Wo bleibt der positive Gestaltungswille der FDP? Lindner ist untragbar geworden.“

*Unser wissenschaftliches Projekt zum **Moorschutz** ist weitgehend abgeschlossen, die Ergebnisse werden kurzfristig aufbereitet und liefern Argumente für die weitere landwirtschaftliche Nutzung von Mooren. Jens Soeken, auf dessen Betrieb im ostfriesischen Timmel die Studie erstellt wurde, weist schonmal darauf hin, dass das Land Niedersachsen im November 2023 eine neue Moorkulisse veröffentlicht hat. Diese Kartierung aller Moorflächen dient bisher lediglich für die Bewertung der GLÖZ 2 im GAP-Antrag. Allerdings kann es durchaus sein, dass dieselbe Kulisse später auch noch für mögliche Auflagen im Rahmen der Moorschutz-Strategie verwendet wird. Soeken rät deshalb: „Als Moorflächen werden Böden mit über 7 % Humusgehalt definiert. Alle Flächen, wo die Böden weniger Humus haben, müssen aus der Kulisse*



herausgenommen werden. Bitte überprüft deshalb Eure Flächen, ob die Böden tatsächlich mehr als 7 % Humusgehalt haben. Im Zweifel sollte man eine Bodenuntersuchung auf den exakten Humusgehalt veranlassen. Liegt das Ergebnis unter 7 %, könnt Ihr die Möglichkeit nutzen, die Flächen im GAP-Antrag mit einem Widerspruch zu versehen. Ergänzend könnt Ihr sie bei der Landwirtschaftskammer zur Überprüfung anmelden und damit einen Verwaltungsvorgang produzieren, der irgendwann bearbeitet wird und Rechtssicherheit bringt.“

FREIE BAUERN begrüßen Landtagsbeschluss: Brandenburg erhält das modernste landwirtschaftliche Erbrecht in ganz Deutschland

(19.06.2024) Die FREIEN BAUERN haben sich erfreut über den heutigen Beschluss des Landtags Brandenburg zur Anpassung der Höfeordnung an die Grundsteuerreform geäußert. „Brandenburg war 2019 Vorreiter bei der Einführung – jetzt erhalten wir das modernste landwirtschaftliche Erbrecht in ganz Deutschland“, lobt Marco Hintze, Landessprecher der FREIEN BAUERN, die einstimmig beschlossene Novelle. Die Höfeordnung Sorge durch moderate Abfindungsansprüche für die weichenden Erben dafür, dass der Betrieb beim Erbgang nicht zerschlagen oder übermäßig belastet wird, erläutert der 52jährige Rindermäster aus dem havelländischen Krielow: „Die junge Generation auf unseren Höfen soll gute Startchancen haben und nicht jahrzehntelang für andere arbeiten müssen.“ Auf diese Weise stärke die Höfeordnung die regionale Landwirtschaft und beuge dem Ausverkauf an überregionale Investoren vor, argumentiert Hintze und hofft, dass sich nach dem eindrucksvollen politischen Bekenntnis in Brandenburg weitere ostdeutsche Bundesländer mit diesem agrarstrukturell wirksamen Werkzeug beschäftigen.

Da ab 2025 neue Grundsteuerwerte gelten, musste die Bemessungsgrundlage für die Abfindungsansprüche angepasst werden. Hintze: „Wir bedanken uns ausdrücklich bei der Linksfraktion, die durch ihren Antrag vom 7. März sichergestellt hat, dass die Novelle noch vor dem Wahlkampf im parlamentarischen Verfahren beschlossen werden konnte.“ Zuvor war das unter Zeitdruck stehende Vorhaben von der Ministerialbürokratie über ein Jahr lang ohne stichhaltige Gründe verschleppt worden, berichten die FREIEN BAUERN. Bei den Verhandlungen im Ausschuss habe insbesondere die CDU-Fraktion mit großer Sachkenntnis für einen tragfähigen Kompromiss unter den Koalitionspartnern gesorgt, würdigt Hintze das gute Endergebnis. Der in Brandenburg gefundene Hofeswert in Höhe der Hälfte des Grundsteuerwertes der landwirtschaftlichen Flächen sollte nach Überzeugung der FREIEN BAUERN auch bei den noch anstehenden Entscheidungen für Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen zur Anwendung kommen.



Was sich hier so leicht anhört, war ein hartes Stück Lobbyarbeit mit einer guten Portion Glück. Wir machen den Weg frei für unsere jungen Bauern. Unabhängig davon sollte man natürlich immer anstreben, die Erbfolge im familiären Einvernehmen zu regeln. Bitte beachten: Wo zwei geeignete Hofnachfolger weitermachen wollen und der Betrieb sich sinnvoll teilen lässt, sollte man rechtzeitig eine Übergabe außerhalb der Höfeordnung in die Wege leiten. Info: 038791-80200

Stellungnahme zum Entwurf Novelle des Tierschutzgesetzes

(16.06.2024, Georg Straller) Die FREIEN BAUERN, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, lehnen den Referentenentwurf als in wesentlichen Punkten unverhältnismäßig und nicht praxistauglich ab. Tierschutz und Tierwohl sind nicht zu reduzieren auf rechtliche Normen und technische Standards, sondern hängen in hohem Maße von dem persönlichen Engagement und der Privatinitiative des Tierhalters ab. Wenn aber eine Gesetzesänderung im Ergebnis bewirkt, dass mehr Tierhalter aus der Produktion ausscheiden müssen und die Tierhaltung insgesamt unwirtschaftlicher wird – und sich damit in größere Betriebe oder andere Länder verlagert – verfehlt sie ihren Zweck und bewirkt das Gegenteil.

Das **Verbot der Anbindehaltung von Rindern** halten wir unabhängig von der Frage, ob eine Möglichkeit zum Weidegang besteht oder nicht, für überzogen. Diese Haltungsform ist weder tiergerecht noch ist sie arbeitswirtschaftlich sinnvoll, daher hat sie in den vergangenen Jahren massiv abgenommen und wird auch in Zukunft deutlich zurückgehen. Damit erledigt sich das Problem von alleine – leider häufig durch Betriebsaufgabe oder Einstellung des Betriebszweiges. In diesen Prozess mit starren Zeitvorgaben einzugreifen bewirkt nur, dass Betriebe vorzeitig aufgeben müssen, die möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt in ein moderneres Haltungssystem investiert hätten. Ist jedoch die Tierhaltung erstmal eingestellt, wird sie erfahrungsgemäß nicht wieder aufgenommen. Betriebe mit Anbindehaltung befinden sich häufig in beengten Ortslagen. Im Einzelfall könnte die Ergänzung eines Laufhofs in Verbindung mit einem Melkstand die Situation verbessern. Statt auf Ordnungsrecht zu setzen sollten Anreize zum Umbau gegeben werden, um kleinere Tierhaltungen im dörflichen Umfeld zu erhalten.

Die **Verpflichtung zur lokalen Betäubung beim Enthornen von Rindern** lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Auch die derzeit übliche Verwendung von Beruhigungs- und Schmerzmitteln durch die Tierhalter war ein wichtiger Fortschritt im Vergleich zu früher. Aus der Verwendung eines Betäubungsmittels resultieren jedoch neue Probleme, da dieses nach gegenwärtiger Rechtslage nicht an den Tierhalter abgegeben und nur durch einen Tierarzt angewendet werden darf. Das mag sich bei größeren Betrieben mit regelmäßigen Routineuntersuchungen in die betrieblichen Abläufe integrieren lassen. Kleinere Betriebe mit über das Jahr verteilten Kalbungen hätten allerdings einen erheblichen Mehraufwand, zumal das Enthornen in einem begrenzten Zeitfenster nach der Geburt durchgeführt werden muss. Ganz zu schweigen von dem Problem, dass in einigen Regionen die tierärztliche Betreuung der Bestände ohnehin schwierig geworden ist. Auch ist die Anwendung eines Betäubungsmittels am Hornansatz keine besonders anspruchsvolle Aufgabe im Vergleich zu anderen landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Deshalb plädieren wir dafür, eine Regelung zu finden, dass der Landwirt die lokale Betäubung in Eigenregie vornehmen darf, gegebenenfalls nach entsprechender Unterweisung und Bescheinigung durch seinen Tierarzt.

Die **Verschärfungen bei den Kupierverfahren für Schwänze von Schweinen und Schafen** weisen wir als nicht sachgerecht zurück. In beiden Fällen beugt das Einkürzen schwerem Tierleid vor, das sich in Form von Entzündungen mit anschließender aufwändiger Behandlung äußert, und ist daher angemessen. Bei Schweinen ist das so genannte Schwanzbeißen ein gravierendes Problem und keineswegs auf konventionelle Haltungssysteme beschränkt. Erfolgversprechende Strategien dagegen sind der Einsatz von Beschäftigungsmaterial, die (volkswirtschaftlich ohnehin sinnvolle) Fütterung von Proteinen tierischer Herkunft sowie die Einkreuzung wundstabiler (leider nicht marktgängiger) Genetik. Diese Strategien können nur einzelbetrieblich und im Ermessen des Tierhalters verfolgt werden. Die geplante Verschärfung durch eng getaktete Aufzeichnungen und Risikoanalysen ist schon deshalb nicht sinnvoll umsetzbar, weil sie langfristige Vertragsverhältnisse zwischen Ferkelerzeugern und Mästern voraussetzt, die aber nicht immer gegeben und manchmal überhaupt nicht möglich sind. Am Ende steht wieder viel bedrucktes Papier ohne Bezug zur Realität, und das zeitgleich mit der Ankündigung der Bundesregierung, den Bürokratieabbau ernsthaft angehen zu wollen. Bei Schafen treten durch verkotete Schwänze regelmäßig Probleme mit Ungeziefer im Genital- und Afterbereich auf, vor allem bei den Geburten oder wenn bei nassem Wetter frisches Weidefutter aufgenommen wird. Die Ursache liegt in den wolligen Schwänzen, die bei den vorherrschenden, ansonsten sehr gesunden alten Zweinutzungsrassen natürlich vorhanden sind. Ohne das Kupieren mittels Zange oder Druckring könnte die erforderliche Hygiene nur durch häufiges Ausscheren des Bereichs sichergestellt werden – ein erheblicher Mehraufwand für einen Beruf, der aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ohnehin gerade am Aussterben ist.

Zusammenfassend bemängeln wir, dass die genannten Änderungen aufgrund ihrer Praxisferne der Tierhaltung schaden ohne den Tieren zu nutzen. Definiert man Tierleid als das Produkt aus Stresshormonen und Zeit, so wird das Tierleid, bezogen auf eine Gruppe, etwa durch den Kupierverzicht signifikant höher. Auch ist nicht logisch nachvollziehbar, warum der Abtrennung von Gewebe beim Einkürzen der Schwänze eine solche Bedeutung beigemessen wird und beim Einziehen von Ohrmarken überhaupt keine. Damit werden die Änderun-

gen unglaublich und widersinnig. Geht man davon aus, dass sich der Konsum von tierischen Produkten nicht wesentlich verringern wird, führen die Änderungen im Ergebnis dazu, dass die Produkte künftig vermehrt in sehr großen Einheiten (Massentierhaltung) oder gleich im Ausland erzeugt werden, wo kein Einfluss des Gesetzgebers auf die Tierschutzstandards besteht. Indem die Novelle die Eigenverantwortung des Tierhalters, der seine Tiere kennt und täglich beobachtet, völlig ausblendet und statt dessen auf starre Regulierung setzt, bleibt ein erhebliches Potenzial für praktischen Tierschutz unberücksichtigt. Auch das ist kontraproduktiv und schadet den Tieren.

Politisch passt der Referentenentwurf freilich in den Kontext der vom Bundeslandwirtschaftsministerium verfolgten Strategie, die Tierhaltung in Deutschland zu halbieren. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Anpassung der Tierhaltung an die inländische Futtergrundlage unter Ausschluss vor allem der Sojaimporte aus Übersee ökonomisch und ökologisch vernünftig wäre. Der daraus resultierende Rückgang der Tierbestände um etwa 10 Prozent ließe sich ohne Strukturbruch bewältigen und würde den heimischen Ackerbau stärken. Die angestrebte Halbierung der Tierhaltung hingegen wäre verbunden mit einer gigantischen Verschwendung natürlicher Ressourcen, dem Verlust zahlloser Existenzen und der realen Gefahr von Hungersnöten. Deshalb ist die Novelle nicht nur fachlich unzureichend begründet, sondern in erster Linie Ausdruck einer ideologiegetriebenen Politik ohne Sinn und Verstand.

FREIE BAUERN stellen One-Health-Ansatz im Pandemievertrag in Frage

(15.05.2024) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesregierung aufgefordert, den in Artikel 5 im Entwurf zum internationalen Pandemievertrag vorgesehenen One-Health-Ansatz abzulehnen. Unbestritten gebe es zahlreiche Infektionskrankheiten, die sich vom Tier auf den Menschen übertragen können, sagte Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN: „Für die Annahme allerdings, aus der heute üblichen Nutztierhaltung könnten Mutationen von Krankheitserregern entstehen, die durch Übertragung auf den Menschen Pandemien auslösen, gibt es bisher keinerlei Anhaltspunkte geschweige denn einen Beweis.“ Deshalb dürfe Deutschland sich nicht zu der aus dem One-Health-Ansatz folgenden verschärften Überwachung der Nutztierbestände verpflichten und damit einer weiteren Regulierung und Bürokratisierung der Landwirtschaft Tür und Tor öffnen, fordert der 58jährige Mutterkuhhalter aus dem brandenburgischen Lennewitz. Dass auch in der Gesundheitsvorsorge alles mit allem zusammenhänge sei lediglich eine Binsenweisheit, weitreichende staatliche Maßnahmen müssten jedoch auf validen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, so Jung: „Das tägliche Arbeiten mit Nutztieren macht uns Bauern jedenfalls nicht anfälliger für Krankheiten als andere Berufsgruppen, schon allein deshalb kann von unseren Herden keine pandemische Gefahr ausgehen, die staatlich kontrolliert werden müsste. One-Health ist bisher eher ein Thema für Wichtigtuer.“

Mit Schrecken denkt Jung an die öffentliche Angst vor 25 Jahren zurück, als die seltene Rinderkrankheit BSE von verantwortungslosen Politikern und Journalisten zu einer unkalkulierbaren Bedrohung für die gesamte Menschheit hochstilisiert wurde: „Geheimnisvolle infektiöse Proteine, die auf abenteuerliche Weise über den Verzehr von Rindfleisch in den Menschen eindringen und millionenfachen Tod auslösen könnten – von all den damaligen Horrorszenarien hat sich nichts bewahrheitet.“ Die FREIEN BAUERN kritisieren seit langem, dass es nie zu einer Aufarbeitung der Hysterie gekommen ist, in deren Folge der Rindfleischmarkt zusammenbrach und zahllose Bauernhöfe aufgeben mussten.

Die fragwürdige Ausdehnung von Kontrollaufgaben in der Veterinärverwaltung sei auch für die Berufsgruppe der Tierärzte ein falsches Signal, meint Jung: „Schon jetzt drängt der Nachwuchs in die Amtsstuben, während viele Praxen auf dem Lande händeringend einen Nachfolger suchen.“ In einigen Regionen sei die Betreuung der Nutztierbestände inzwischen

kritisch – bei ernsthaften Problemen wie Schweregeburten, Verdauungsstörungen oder Gelenkentzündungen könne rechtzeitige Hilfe nicht mehr gewährleistet werden. Handlungsbedarf sehen die FREIEN BAUERN daher vor allem in der Fachkräftesicherung. Jung: „Uns fehlen nicht Tierärzte, die die Welt retten, sondern welche, die die Arbeit machen.“

FREIE BAUERN zum europäischen Bauernprotest: Green Deal ist gescheitert

(02.06.2024) Die FREIEN BAUERN haben EU-Kommissarin Ursula von der Leyen nahegelegt, den Green Deal für gescheitert zu erklären und gemeinsam mit allen Wirtschaftsbeteiligten realistische agrarpolitische Ziele zu definieren. „Dass die europäische Landwirtschaft bis Ende des Jahrzehnts 50 Prozent der Pflanzenschutzmittel und 20 Prozent der Düngemittel einsparen kann, ist derzeit nicht vorstellbar ohne einen massiven Rückgang der regionalen Produktion und damit der Selbstversorgung in der EU“, sagte Markus Federolf von den FREIEN BAUERN Baden-Württemberg, der am Dienstag zur großen Bauerndemonstration nach Brüssel fährt. Damit werde der selbst gewählte Anspruch der Farm-to-Fork-Strategie, Landwirtschaft und Verbraucher zusammenzubringen, ins Gegenteil verkehrt, kritisiert der 57jährige Milchviehhalter aus Kleinhirschbach im Hohenloher Land: „Wenn wir als Folge



des Green Deal immer mehr Lebensmittel in die EU einführen müssen, wächst doch die Entfernung zwischen Farm und Fork.“ Das nütze denjenigen, die weltweit die Handelsströme kontrollieren, aber nicht der Landwirtschaft und schon gar nicht den Verbrauchern, so Federolf: „So lange Agrarimporte, die zu deutlich schlechteren sozialen und ökologischen Standards produziert und über weite Strecken hierher transportiert wurden, nicht durch Herkunftskennzeichnung im Ladenregal erkennbar sind, ist das Verbrauchertäuschung.“

Die bevorstehende Wahl des Europäischen Parlaments sehen die FREIEN BAUERN daher als Chance für eine grundsätzliche Neuorientierung zugunsten der heimischen Erzeugung. Bereits in den letzten Monaten der abgelaufenen Wahlperiode habe es für drei offen agrarfeindliche Gesetzesvorhaben keine Mehrheiten mehr gegeben, erinnert Federolf: „Erst die Pflanzenschutzreduktion mit Totalverboten in Schutzgebieten, dann die Naturwiederherstellung mit starren Wildnisquoten zulasten der Kulturlandschaft und schließlich die Gentechnicklockerung mit Markteinführung von patentiertem Saatgut – all das konnte bisher zum Glück abgewendet werden.“ Das neu gewählte Parlament sollte diese Projekte endgültig beerdigen und mit seinen Zielvorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2028 einen Kurswechsel einleiten: „Unsere Betriebe brauchen mehr unternehmerische Selbstverantwortung und faire Rahmenbedingungen. Statt uns mit Auflagen, Kontrollen und Bürokratie zu drangsalieren, sollte die EU die Marktmacht der Konzerne begrenzen und Billigimporte unterbinden.“ Beispielsweise müsse Rindfleisch aus Argentinien und Getreide aus der Ukraine wieder mit Schutzzöllen belegt werden, um die regionale Produktion im Wettbewerb nicht zu benachteiligen, fordert der Landwirt.

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: